

Czech Point Postamt

von Věra Zítková

Internet Terminals sollen Bürgern und Unternehmen der Tschechischen Republik den Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung erleichtern. Über die Czech Points können unter anderem auf Postämtern Dokumente beantragt und Register eingesehen werden.



Eine Symbolfigur für ihre E-Government-Strategie hat die Tschechische Republik entwickelt. Das Männchen eGON soll die Verwaltung des Landes als einen lebendigen Organismus darstellen und gleichzeitig die Ziele widerspiegeln, die das Tschechische Innenministerium im Bereich E-Government formuliert hat. Das Innenministerium ist seit der Auflösung des Ministeriums für Informatik im Juni 2007 für die E-Government-Strategie des Landes und die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung zuständig.

Herzstück der neuen E-Government-Strategie ist das angestrebte E-Government-Gesetz, das unter anderem elektronische Dokumente Papierdokumenten rechtlich gleichstellen soll. Zudem ist angedacht, in diesem Gesetz Regelungen über ein einheitliches System für die elektronische Zustellung nicht nur innerhalb der Behörden sondern auch für die Kommunikation mit dem Bürger festzulegen. Das Registergesetz, welches etwa das Personen- und Einwohnerregister oder das Immobilienregister betrifft, wird durch das Gehirn von eGON symbolisiert. Dieses Gesetz soll den Datenaustausch und die bessere Vernetzung der

Grundregister untereinander und mit anderen Registern der öffentlichen Verwaltung sowie mit den Antragstellern gewährleisten. Den Kreislauf der tschechischen E-Government-Strategie bildet die Kommunikationsinfrastruktur der öffentlichen Verwaltung. Hier wird eine einheitliche Struktur für alle Verwaltungsbehörden angestrebt. Der Zugang zu Informationen würde dann je nach Berechtigung erfolgen. Die Kontaktstellen der Bürger zur öffentlichen Verwaltung werden durch die Finger von eGON dargestellt.

Eine neue Möglichkeit für Bürger und Unternehmen, mit der tschechischen Verwaltung in Kontakt zu treten, stellt das im März 2007 gestartete System Czech Point dar. Die Internet Terminals in Postämtern oder Stadt- und Gemeindeverwaltungen sollen den Kunden den Zugang zu den E-Government-Services der Regierung erleichtern. Die Český Podací Ověřovací Informační Národní Terminál – Tschechische Nationale Antragstellungs-, Prüf-, Beglaubigungs- und Informationsterminals – sollen als zentrale Anlaufstelle fungieren, an denen nicht nur alle zugänglichen Daten aus den öffentlichen Zentralregistern einsehbar sind, sondern auch verschiedene amtlich beglaubigte

Dokumente beantragt werden können. Derzeit stehen Informationen und Dokumente aus dem Immobilienregister, dem Handelsregister, dem Gewerberegister sowie aus dem Strafregister zur Verfügung. An den Terminals können die Bürger außerdem Informationen zum Status laufender Verwaltungsverfahren abfragen.

1.407 kommunale Verwaltungen, 420 Postämter, 49 Handelskammerfilialen, 7 Auslandsvertretungen und 123 Notariate beteiligen sich bereits aktiv am Czech-Point-Projekt. Dort können Bürger und Unternehmen die über die Internet Terminals an-

Profil

■ Tschechien

Hauptstadt:

Prag

Ministerpräsident:

Mirek Topolánek
(Demokratische
Bürgerpartei, ODS)

Einwohnerzahl:

10 Millionen

Bevölkerungsdichte:

130 Einwohner/km²

Web-Präsenz:

www.vlada.cz
www.czech.cz



Weitere Informationen: Zwei Drittel der tschechischen Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern und ein Zehntel der kleineren Gemeinden betreiben eigene lokale Netzwerke. Auf der Kreisebene verfügen alle Behörden über einen eigenen Internet-Auftritt, wohingegen bei den Gemeinden unter 500 Einwohnern nur etwa die Hälfte eine eigene Website betreibt. Allerdings bieten bislang nur wenige Ämter und Behörden E-Government-Dienste über ihre Online-Portale an.

gebotenen Dienstleistungen nutzen. In Berlin sind die tschechischen Behörden beispielsweise über ein Terminal in der tschechischen Botschaft erreichbar. Der Presseattaché der tschechischen Botschaft in Berlin, Michal Bucháček, erklärt: „Das Angebot soll eine Erleichterung für die tschechischen Staatsbürger sein, die in Deutschland wohnen, hier arbeiten oder sich zum Studium hier aufhalten. Es ist aber gut möglich, dass das neue Angebot auch von deutschen Firmen genutzt wird, zum Beispiel für Firmen- und Gewereregister-Auszüge.“

Seit Beginn des Projekts ist die Zahl der Anträge stetig gestiegen – Mitte Juni 2008 waren insgesamt rund 440.000 Dokumente von den Behörden an die Antragsteller verschickt worden. Dies liegt zum einen daran, dass stetig neue Terminals eingerichtet werden. Eine Rolle spielt aber auch die Tatsache, dass regelmäßig neue Services zur Verfügung gestellt werden – seit Januar 2008 können beispielsweise auch Auszüge aus dem Strafregister mittels Czech Point abgerufen werden. Dies ist auch die Dienstleistung, die von den Kunden am häufigsten genutzt wird: Etwa die Hälfte aller abgefragten Dokumente betreffen Strafregisterauszüge, 29 Prozent der Dokumente stammen aus dem Immobilienregister, 19 Prozent aus dem Handelsregister. Bislang am seltensten nachgefragt werden Auszüge aus dem Gewereregister.

Für die Weiterentwicklung des Projekts ist es erforderlich, dass das Parlament das E-Government-Gesetz verabschiedet, welches elektronische und gedruckte Dokumente gleichstellt. Dann könnten

die beantragten Registerauszüge oder beglaubigten Dokumente auch elektronisch, statt in Papierform, an die Antragsteller verschickt werden. Eine weitere Voraussetzung für die erfolgreiche Entwicklung des Czech-Point-Systems ist die Verabschiedung eines Registergesetzes, welches die Befugnisse der Beamten innerhalb der Register regelt. Geplant ist unter anderem, dass in Zukunft auch Auszüge aus dem Verkehrszentralregister über die Internet Terminals abgerufen und Änderungen von Handelsregistereinträgen beantragt werden



E-Government-Symbol eGON.

können. Zu den künftigen Services soll zudem die Möglichkeit zählen, sich Änderungen im Melderegister anzeigen zu lassen oder Prozessanträge bei Streitigkeiten mit Telekommunikationsanbietern zu stellen.

Mit seiner E-Government-Strategie und dem Projekt Czech Point will das tschechische Innenministerium den Bürgern den Kontakt mit der Verwaltung wesentlich erleichtern und ihnen, wo es möglich ist, den Weg aufs Amt ersparen. Darüber hinaus soll die Anzahl der

von der Verwaltung an die Kunden gestellten Nachweisanforderungen verringert werden, zum Beispiel im Hinblick auf solche Angaben, die bereits in einem staatlichen Register gespeichert sind und von dort abgerufen werden können. Außerdem soll es künftig möglich sein, die angebotenen E-Government-Dienstleistungen zu nutzen, ohne dafür ein Czech Point Internet Terminal aufsuchen zu müssen. Voraussetzung ist allerdings die Einführung eines Verfahrens, mit dem sich Antragsteller und Behörde eindeutig authentifizieren können.

Das Innenministerium verfolgt nicht nur seine eigene E-Government-Strategie, sondern unterstützt auch regionale Projekte wie das der Bezirksregierung Plzeň (Pilsen). Diese nutzt ein System namens Virtuos, welches die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung vereinfachen soll. Das System beinhaltet unter anderem eine Terminvergabe-Software. Damit können Termine mit der Behörde oder dem zuständigen Beamten online vereinbart werden. Registrierte Nutzer können außerdem ein Benutzerkonto anlegen und persönliche Daten online ändern. Das System verfügt darüber hinaus über einen Lebenslagen-Manager und ermöglicht es, den Stand von Anträgen online nachzuvollziehen.

Věra Zítková ist im Innenministerium der Tschechischen Republik tätig.

Link-Tipp

Weitere Informationen zum Czech-Point-Projekt und zum System Virtuos:

- www.czechpoint.cz
- www.evirtuos.cz

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.